

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 61 (1967)
Heft: 10

Artikel: Der Schweizerische Friedensrat im Jahre 1966/67
Autor: Pavoni-Lezzi, Elsa
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141307>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

fängnis gehen müssen. Hingegen sind ihm und seinem engsten Mitarbeiter Franco Alasia schwere Geldstrafen als Genugtuung für seine Ankläger auferlegt worden. Das wird die Aufbauarbeit empfindlich treffen. In der «Co-opération» vom 15. Juli 1967 beklagt sich G. Abreu im Zusammenhang mit der Verurteilung Dolcis bitter über die teilnahmslose Haltung der italienischen Intellektuellen und Politiker, die, mit wenigen Ausnahmen, sich still und unbeteiligt verhalten, und zwar auch solche, die sonst schnell empört sind, wenn in andern Ländern die demokratischen Rechte verletzt werden.

Der fünftägige Marsch Danilo Dolcis durch Westsizilien im März 1967 war nach zuverlässigem Bericht, den wir anhören durften, am Anfang ein eindruckliches Erlebnis. Man bekam den Eindruck, dass das ganze Volk mitmachte; doch je näher der Menschenzug der Stadt Palermo kam, um so mehr nahm er an Zahl ab, wie wenn Angst die Teilnehmer abhalten würde. Der Augenzeuge, selber Teilnehmer am Marsch, ein militanter Katholik und linksstehendes, bekanntes Mitglied der Democrazia Cristiana, beschrieb mit Begeisterung die herrliche und gastfreundliche Aufnahme durch die Bevölkerung. Einen Gedanken jedoch äusserte unser Gewährsmann, der uns nachdenklich stimmte und den wir hier anbringen möchten: Seiner Ansicht nach hat Danilo Dolci den Höhepunkt seiner uneigennützigen, segensvollen Wirksamkeit bereits überschritten, und zwar deswegen, weil er es abgelehnt hat, sich politisch zu binden. Wir würden es ausserordentlich bedauern, wenn dieser sehr geschätzte und aufrichtige Freund der Sache Dolcis (er bemüht sich zum Beispiel zusammen mit andern für Dolci den Friedens-Nobelpreis zu ermöglichen) recht bekommen sollte.

Elsa Pavoni-Lezzi

Der Schweizerische Friedensrat im Jahre 1966/67

Die Delegiertenversammlung fand am 30. September/1. Oktober 1967 in Bern statt und gliederte sich in zwei Teile. Der Samstagnachmittag unter dem Vorsitz von Pfarrer Werner aus Genf, Vizepräsident des Schweizerischen Friedensrates, war ganz der Aussprache über die Frage «Ist ein Zivildienst in der Schweiz vorläufig unmöglich?» gewidmet. Zum Gespräch war neben den Vertretern der Sozialistischen Jugend der französischen Schweiz, des Schweizerischen Zivildienstes, der Kriegsdienstgegner und anderer Friedensorganisationen auch Nationalrat Willy Sauser aus Zürich eingeladen, der sich im Nationalrat in dieser Frage in aufgeschlossener Weise für die Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen eingesetzt hatte. Nach den einführenden Worten von Pfarrer Werner und nach Anhören der verschiedenen Standpunkte und Wünsche ergab sich aus dem Gespräch, dass heute, dank einer beweglicheren Einstellung von Bundesrat Celio, eine Lockerung der Haltung gegenüber früher festzustellen ist, indem der Dienstverweigerer 1. anstatt mit Gefängnis mit blosser Haft bestraft wird und somit einen Sozialdienst, zum Beispiel in einem Spital, leisten kann (bekanntlich ist Neuenburg hier vorbildlich gewesen, währenddem der grosse Kanton Zürich

immer noch am alten, überholten Verfahren festhält), 2. die Möglichkeit der Austossung aus der Armee nach der ersten Strafabsitzung besteht und 3. die Gefahr einer psychiatrischen Untersuchung wegfällt. Diese Erleichterungen werden gerne anerkannt, sie bringen jedoch keine Lösung des Problems, die nur in einer Änderung des Artikels 18 der Bundesverfassung erreicht werden kann, wo der Alternativdienst verankert werden soll. Eine Gesamtrevision der Bundesverfassung ist erst ungefähr auf das Jahr 1974 zu erwarten. Eine stärkere und koordiniertere Zusammenarbeit aller im Friedensrat zusammengeschlossenen Organisationen ist nötig, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Bevölkerung aufzuklären. Es wurde hervorgehoben, dass der Protestantische Kirchenbund in dieser Frage bis heute eine gute Haltung eingenommen hat, und man hofft, dass es so bleiben werde. Auch auf katholischer Seite machen sich Strömungen bemerkbar, die dem Problem ihre Aufmerksamkeit und ihr Verständnis entgegenbringen. Die schwere Frage einer Volksinitiative zugunsten eines Alternativdienstes soll weiter geprüft werden. Man möchte nicht ohne eine vorbereitende Bildung der Volksmeinung an die Öffentlichkeit gelangen.

Am Samstagabend wurde ein öffentlicher Vortrag durchgeführt. Als Referent konnte Prof. Josué de Castro, Rio de Janeiro, Brasilien, Präsident der «Association Mondiale de Lutte contre la Faim», ehemaliger Präsident der FAO, ehemaliger Botschafter Brasiliens bei der UNO und ehemaliger Leiter der brasilianischen Abrüstungsdelegation in Genf gewonnen werden, also ein bestausgewiesener Kenner des Problems «Abrüstung und Hilfe für die Entwicklungsländer». Der Christliche Friedensdienst hatte sich in verdankenswerter Weise um die Organisation und die Propagierung der Veranstaltung bemüht. Leider war dem Vortrag nicht das Interesse beschieden, das dem Referenten und dem Thema gebührt hätte. In eindringlichen Worten zeigte de Castro den Unterschied zwischen früheren Kriegen und einem Atomkrieg. Am Beispiel der USA wies er nach, dass die beiden letzten Weltkriege Amerika immer reicher gemacht haben, dass sie also ein gutes Geschäft waren. Beim Atomkrieg würde es die Vernichtung aller bedeuten. Wir besitzen auf unserer Erde 40 000 Atombomben, das sind zehnmal mehr, als wir brauchten, um das Leben hier auszulöschen. Wir leben in einer nie dagewesenen Revolutionszeit. Die Kraft der Technik und der Wissenschaft ist ungeheuer, in unserem Denken sind wir jedoch stehengeblieben, und alles muss neu überdacht werden. U Thant sagt Koexistenz oder dann Nichtexistenz. Wahrer Frieden heisst umdenken, heisst abrüsten... Die Kluft zwischen arm und reich wächst immer mehr. Wächst das Einkommen in den Entwicklungsländern um 2 Prozent, so wächst die Bevölkerungszahl in diesen Ländern um 4 Prozent. Das grösste Problem ist die Überbevölkerung. De Castro glaubt, dass die ideellen Entfernungen zwischen West und Ost abgenommen, die sozialen Entfernungen jedoch zugenommen haben. Nach ihm bestehen in Wirklichkeit keine nationalen Probleme, sondern nur Weltprobleme. Er ruft auf zur Tat, zur vermehrten Hilfe an die Entwicklungsländer. Die dritte Welt ist zehnmal reicher an Schätzen als Europa, doch sie müssen gehoben werden. 67 aller Länder, die als unterentwickelt gelten,

haben ein Gesamteinkommen von 140 Milliarden Dollar, das entspricht der Summe, die auf der Welt ausgegeben wird für Rüstungen. Der Referent glaubt, dass Kriegswirtschaft in Friedenswirtschaft umgewandelt werden kann. Zwei Wege zum Frieden stehen der Menschheit offen: Der Weg der Koexistenz und der Weg des Friedhofs.

Am Sonntag trafen sich die Delegierten zur Behandlung der ordentlichen Geschäfte der Jahresversammlung im Volkshaus Bern. Der Bericht des Präsidenten Dr. H. Braunschweig wurde aufmerksam verfolgt und mit Dank für die grosse und umsichtige Arbeit entgegengenommen. Der Beitrag pro Kopf der Mitglieder der dem Friedensrat angeschlossenen Organisationen wurde auf 20 Rappen festgesetzt. Anstelle der zurückgetretenen Büromitglieder Ralph Hegnauer, Internationaler Zivildienst, und Hans Steiger, Informationszentrum für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit, wurden neu gewählt Felix Ziegler als Vertreter des Zivildienstes und Hermann Tobler, Präsident des Informationszentrums für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit. Felix Ziegler legte der Versammlung den Antrag des Schweizerischen Zivildienstes vor: Die im Schweizerischen Friedensrat zusammengeschlossenen Organisationen beschliessen eine engere Zusammenarbeit, vorwiegend auf lokaler Ebene, für eine vermehrte Öffentlichkeitsarbeit. Diese Zusammenarbeit geschähe fallweise. Er wurde gutgeheissen.

Das vom Präsidenten Dr. H. Braunschweig vorgelegte Arbeitsprogramm für 1967/68 sei nachstehend stichwortartig bekanntgegeben: *Intern* betrifft es den obenerwähnten Antrag Ziegler, eine bessere Information der Öffentlichkeit, Koordination der Presseorgane, Finanzen, vermehrte internationale Zusammenarbeit (Friedensbüro usw.). *Extern*: Zivildienst, Entwicklungshilfe und Abrüstung, aktive Aussenpolitik (zum Beispiel Beitritt der Schweiz zur UNO), Problem der Fremdenfeindlichkeit in unserem Lande, totale Landesverteidigung (Buch der Offiziersgesellschaft). Die Berichte der einzelnen angeschlossenen Organisationen gewähren in ihrer Vielfalt einen interessanten Überblick über die Bemühungen um Gerechtigkeit und Frieden, sei es in der eigenen oder fremden Presse, sei es in Vorträgen und in Aussprachen.

René Bovard, Genf, erläuterte den Plan, den er mit Genfer Freunden zusammen ausgearbeitet hat und der dahingeht, dass den vorgeschlagenen Nationalräten zu einem Begrüssungsschreiben ein Fragebogen zur Beantwortung vorgelegt werden soll, um sie zum bewussteren Ausüben ihres Mandates aufzurufen.

Leider erlaubte es der Raum nicht, zu stark ins einzelne einzugehen. Die ganze Tagung war beseelt vom Willen, sich um vermehrte Zusammenarbeit zu bemühen, jede Organisation setzt sich nach Kräften für Aufklärung in schweizerischen und internationalen Fragen ein. Es zeigte sich, dass junge Menschen nur durch sinnvolle Taten zum Mitmachen gewonnen werden können. Erfreulich und ermunternd war es, festzustellen, dass trotz der Kleinheit unserer Bewegung viele und wertvolle Arbeit, die Verbindungen ausbaut und neue schafft, geleistet wird.

Elsa Pavoni-Lezzi